



Philologenverband empört über Haushaltsbeschlüsse zu Lasten der Lehrer

„Ungerechtigkeit, Wortbruch und Vertragsbruch“

Gymnasiallehrer „wütend und maßlos enttäuscht“

Philologenverband Niedersachsen
Sophienstr. 6
30159 Hannover

Tel. 05 11/3 64 75-0
Fax 05 11/3 64 75-75
Web www.phvn.de
eMail phvn@phvn.de

Verantwortlich:
Helga Olejnik

Mit Empörung und Verbitterung hat der Philologenverband Niedersachsen auf den Beschluss des rot-grünen Landeskabinetts reagiert, die wöchentliche Pflichtstundenzahl der Gymnasiallehrer zu erhöhen, die bereits beschlossene Altersermäßigung wieder rückgängig zu machen sowie die Einkommensanpassung für Beamte im nächsten Jahr um fünf Monate zu verschieben.

„Mit der einseitigen und völlig ungerechtfertigten Arbeitszeiterhöhung für die Lehrkräfte an Gymnasien offenbart sich einmal mehr der gymnasialfeindliche Kurs der rot-grünen Koalition“, erklärte der Vorsitzende des Philologenverbandes, Horst Audritz. Die jetzt dekretierte Anhebung der Unterrichtsverpflichtung auf 24,5 Wochenstunden bedeute bei Berücksichtigung der Vor- und Nachbereitungen, aufwändiger Korrekturen von Klausuren in der Oberstufe sowie der zahlreichen außerunterrichtlichen Verpflichtungen eine Arbeitszeiterhöhung um mindestens zwei Stunden pro Woche.

Ungerecht sei die Arbeitszeiterhöhung auch deswegen, weil die Lehrkräfte an Gymnasien schon bisher nachgewiesener Weise die höchste Arbeitsbelastung aller Lehrergruppen hätten. Gymnasiallehrer hätten zwar eine etwas geringere Unterrichtsverpflichtung als beispielsweise Grundschullehrer, aber wegen des umfangreichen Vorbereitungs- und Korrekturaufwandes etwa in der gymnasialen Oberstufe sowie der besonderen Belastung durch die jährlichen Abiturprüfungen eine deutlich längere Arbeitszeit. Sie habe bereits vor den Mehrbelastungen durch die Einführung der Eigenverantwortlichen Schule und der Inklusion nach empirisch-wissenschaftlichen Untersuchungen auch unter Einbeziehung der Ferien mehr als 50 Stunden pro Woche betragen. Damit liege sie schon seit langem weit über der Arbeitszeit des öffentlichen Dienstes in Niedersachsen, die 40 Stunden pro Woche betrage.

Nachdrücklich wies Audritz auch den Vergleich mit der höheren Unterrichtsverpflichtung von Gymnasiallehrern in einigen anderen Bundesländern als nicht sachgerecht zurück. Sollte man einen solchen Vergleich überhaupt anstellen, müsste ehrlicher Weise auch mit berücksichtigt werden, dass in anderen Bundesländern z.B. teilweise höhere Ausgleichsstunden für besondere Belastungen gewährt werden, die Besoldung besser ist, das in Niedersachsen gestrichene Weihnachts- und Urlaubsgeld weiterhin gezahlt wird sowie bessere Beförderungsmöglichkeiten bestehen. Audritz unterstrich, dass die einzig sachgerechte und rechtlich verbindliche Vergleichsgröße für die Arbeitszeit der Lehrkräfte in Niedersachsen die Arbeitszeit des öffentlichen Dienstes in diesem Land mit 40 Stunden pro Woche sei, und die Arbeitszeit der Gymnasiallehrer liege schon jetzt mit über 50 Stunden weit darüber.

Durch die Arbeitszeiterhöhung, so Audritz weiter, würden die Gymnasiallehrer faktisch auch um den Ausgleich für die zehn Jahre lang geleistete Mehrarbeit von zwei Unterrichtsstunden pro Woche betrogen, die auf einem Arbeitszeitkonto gutgeschrieben wurde. Die verbindliche Zusicherung der damaligen SPD-Kultusministerin Jürgens-Pieper, diese Überstunden ohne gleichzeitige Arbeitszeiterhöhung zurückzuzahlen, werde jetzt durch die Erhöhung der Pflichtstundenzahl einfach vom Tisch gewischt. Audritz: „Dies ist Wortbruch und de facto auch Vertragsbruch.“ Die Lehrer fragen sich daher zu Recht, wer solchen Politikern noch irgendetwas glauben solle.

Als „schäbig“ bezeichnete Audritz auch die Annullierung der bereits beschlossenen Regelung für die Altersermäßigung. Diese ältere Lehrkräfte belastende Maßnahme werde zu verstärkten Burnout-Syndromen führen und sich damit als Bumerang erweisen. Vor kurzem hatte bereits der Landesrechnungshof auf die hohen psychischen und physischen Belastungen der Lehrkräfte hingewiesen und von der Landesregierung entlastende Maßnahmen gefordert.

Inakzeptabel sei ferner die Verschiebung der Einkommenserhöhung für Beamte und damit Lehrkräfte im kommenden Jahr um fünf Monate. Dies bedeute, dass die Gehaltserhöhung unter der Inflationsrate bleibe und das Realeinkommen der Beamten weiter sinke.

Insgesamt gehe es nicht an, von der Landesregierung beschlossene zusätzliche Kosten im Bildungsbereich durch Gehaltseinbußen und Mehrarbeit der Lehrer zu finanzieren, genauso wenig, wie die Modernisierung der Krankenhäuser durch die Kürzung von Ärzteneinkommen finanziert werde. Bildung sei eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, für die nicht die Lehrer allein zur Kasse gebeten werden könnten.

Diese durch die Landesregierung vorgenommene Provokation der Lehrerinnen und Lehrer werde mit Sicherheit nicht ohne politische Antwort aus den Schulen bleiben, unterstrich der Vorsitzende des Philologenverbandes.

Hannover, 03.07.2013